

Wahlprüfsteine des BUND Kreisverband Ludwigsburg zur Landtagswahl 2021

Rückmeldung der Kandidat*innen von Bündnis 90/ Die Grünen Silke Gericke, Dr. Markus Rösler und Tayfun Tok (Stand 20.1.2021)

Zu (A) Zukunftsfähige Mobilität:

Wie Sie schreiben, widmen sich ganze Studien dem Thema der nachhaltigen Mobilität. Insofern kann Ihre Frage nur blitzlichtartig und leider trotzdem nicht kurz beantwortet werden.

Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, muss den Bürger*innen ein nachhaltiger Mobilitätsmix für ihre Bedarfe zur Verfügung stehen. In Zukunft muss verstärkt der Fuß- und Fahrradverkehr attraktiver gestaltet werden. Bis 2030 sollen die Hälfte der Wege in Baden-Württemberg selbstaktiv zurückgelegt werden können. Die grün-geführte Landesregierung intensiviert bereits die Förderungen und wird noch mehr Förderungen anbieten. Der ÖPNV spielt ebenfalls eine wichtige Rolle.

Das Land möchte eine Verdopplung der Nachfrage (Personenkilometer) bis 2030 im Vergleich zu 2010 erreichen. D.h. einerseits durch eine durchweg gesicherte Finanzierung des ÖPNV mittels einer Nahverkehrsabgabe bzw. den sogenannten Mobilitätspass und der Aufstockung des LGVFG, stehen ausreichend Mittel zum Ausbau des ÖPNV-Infrastruktur, von Takt-Angeboten sowie einer Anpassung des Tarifangebotes zur Verfügung. Auch im Bereich des Güterverkehrs soll bis 2030 jede dritte Tonne klimaneutral das Endziel seiner Reise erreichen. Bahnhöfe und Mobilitätsknoten müssen ausgebaut und die Angebote gesteigert werden, um alle Arten von Mobilitätsketten den Bürger*innen zu ermöglichen.

Konkret für den Landkreis bedeuten diese Ziele: Wir müssen und wollen den Ausbau der Regionalbahnen, S-Bahn-Bereiche und Straßenbahnprojekte vorantreiben und die günstigen Förderkriterien im Bundes GVFG und LGVFG nutzen, um den ÖPNV und SPNV hier deutlich voranzubringen. Da geht es um eine Verlängerung der S5 über Bietigheim-Bissingen hinaus nach Sachsenheim, Sersheim, Vaihingen/Enz bis nach Mühlacker, die Pläne zur Stadtbahn Ludwigsburg müssen in die Tat umgesetzt werden und die Reaktivierung der Strecke nach Markgröningen und der Anschluss nach Schwieberdingen schnell vorangetrieben werden. Die Bottwartalbahn muss durch die Bahn wieder in Betrieb genommen werden und die Trasse reaktiviert werden. Wir brauchen die Durchbindung der Strohgäubahn in Richtung Stuttgart.

Busse müssen in stärkerer Taktung die damit neu geschaffenen sowie die alten Mobilitätsknoten des Landkreises bedienen. Zusätzlich zu den bestehenden Busverbindungen im Landkreis müssen Querverbindungen geschaffen werden, um Direktverbindungen auch in den Schülerverkehren zu ermöglichen. Beispielhaft sei hier die Verbindung von Möglingen über Markgröningen nach Tamm genannt. Hier muss der Landkreis bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans ermutigt werden, den Invest zu steigern und mehr Fahrten zu ermöglichen.

Schnellradwege und das Radwegenetz müssen dichter, attraktiver und für mehr Frequenz ausgebaut werden. Hier gilt es die Fahrbahnqualität, die Beleuchtung und Ausschilderung nochmals deutlich unter die Lupe zu nehmen.

Anbindungen von Industriegebieten müssen nicht von der PKW-Nutzung aus betrachtet werden, sondern brauchen die Anbindung an die Schiene. Rad- und Fußverkehrsverbindungen, sowie der Anschluss des ÖPNV-Angebotes muss hier massiv vorangetrieben werden. Hier müssen wir auch die Wirtschaft in die Pflicht nehmen, ihr Mobilitätsmanagement deutlich nachhaltig zu planen.

Im Bereich der Logistik bietet es sich an den durch das vom Land erstellte Gutachten- und Güterverkehrskonzept, das in dieser Legislaturperiode fertiggestellt wurde, den Güterknoten Kornwestheim wieder einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen. Das bedeutet jedoch, dass landesweit deutlich in die Infrastruktur der Schiene investiert werden muss, damit der Güterverkehr auf der Schiene nicht mit dem SPNV um die Schienenverbindungen buhlen muss, sondern neben Nachtkapazitäten auch ausreichend Tageskapazitäten für den Transport erhalten.

Wir brauchen eine Relativierung der Trassenpreise beim Gütertransport hin zu einer Maut im Straßennetz. Die Planung eines Nord-Ost-Rings muss der Vergangenheit angehören und darf nach dem Faktencheck des Landes nicht mehr Grundlage einer Diskussion sein. Das Land muss durch Bundesratsinitiativen den Bund an sein Versprechen erinnern, in den Ausbau des Schienennetzes massiv zu investieren und Straßenausbau-Projekte solchen Formats weiterhin nicht als förderfähig bewerten.

Im Bereich der Kommunen sollte das Land mit Hilfe durch den Bund die Förderung von nachhaltiger Citylogistik auf den Weg bringen. Damit auch die letzten Meilen im Landkreis Ludwigsburg durch das Angebot von Mini-Logistik-Hubs, Kombiverkehre (ÖPNV & Logistik) außerhalb der Pendlerzeiten und durch Lastenräder abgedeckt sein können. Hier sprechen wir nun von zweierlei Arten der Maßnahmen. Die Push- und die Pull-Maßnahmen. Wir brauchen dringend Anfang der kommenden Legislaturperiode die Ausarbeitung des Landesgesetzes zur individuellen Ausgestaltung des Anwohnerparkens in Kommunen. Parkraummanagement ist eine der Stellschrauben neben dem Ausbau des ÖPNV, die Bürger*innen von der PKW-Nutzung hin zur Nutzung der öffentlichen Verkehre zu bewegen.

Zu (B) Artenvielfalt in der Agrarlandschaft:

Wir GRÜNE stellen den Naturschutz weiter ins Zentrum unserer Politik. Vor dem Hintergrund des weiterhin dramatischen Rückgangs an Biologischer Vielfalt wollen wir die Mittel für Naturschutz nochmals deutlich erhöhen: Von derzeit gut 100 Mio. Euro (2011: 30 Mio. Euro!) auf 150 Mio. Euro im Jahr 2021.

Schon für den Haushalt 2020/2021 haben wir 12 Mio. Euro speziell für den Biotopverbund eingestellt. Das wollen wir ebenso wie unser bundesweit vorbildliches "Sonderprogramm Biologische Vielfalt" mit einem Schwerpunkt Biotopverbund weiterführen.

Damit sollen die Gemeinden auch im Kreis Ludwigsburg finanziell für ganz konkrete Maßnahmen im Biotopverbund unterstützt werden - auch gerne für die weitere Umsetzung des vom BUND angestoßenen Wildkatzen-Korridors im nördlichen Kreis Ludwigsburg. Die Kooperation mit der Landwirtschaft ist uns hierbei wichtig: Wir

GRÜNE verstehen uns als Brückenbauer zwischen den gerechtfertigten Anliegen sowohl des Naturschutzes wie der Landwirtschaft.

Darüber hinaus wollen wir auch eine planungsrechtliche Absicherung: Der bis 2030 gesetzlich auf 15% der Offenlandfläche vorgeschriebene Biotopverbund soll verpflichtend sowohl in alle Regionalpläne, damit auch des Regionalplans Stuttgart inkl. Kreis Ludwigsburg als auch in die Flächennutzungspläne aller Gemeinden im Land übernommen werden.

Zu (C) Nachhaltiges Bauen und Wohnen:

Für ein neues Flächenmanagement und §13b

Flächen sind ein begrenztes Gut. Deshalb ist es uns GRÜNEN wichtig, schonend damit umzugehen. Grundlage für die Raumordnung im Land ist der Landesentwicklungsplan (LEP) schon aus dem Jahr 2002. Deshalb muss der LEP novelliert werden, um dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Flächeneinsparung noch mehr Gewicht zu geben.

Vor Ort sind die Städte und Gemeinden für das Flächenmanagement zuständig. Wir wollen sie im „Kompetenzzentrum Wohnen“ unterstützen, einen Fonds für Flächentausch zu gründen. Hier werden bereits bebaubare Grundstücke gegen Anteile an einem Wohnraumpool oder zukünftig umzulegende Grundstücke getauscht. Und dies gerne auch interkommunal! Das Kompetenzzentrum soll um den Sektor Gewerbebau erweitert werden und gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft einen Aktionsplan „Flächensparen“ erarbeiten. Wir wollen uns moderierend einbringen, um Brachflächen zu aktivieren. Wir werden dafür über das Kompetenzzentrum Wohnen „Flächen-Scouts“ vermitteln. Ihre Aufgabe wird es sein, geeignete Flächen für den Wohnungsbau zu identifizieren, Hindernisse im Dialog mit Eigentümer*innen und Kommunen abzubauen und gegebenenfalls auch Flächentausche zu vermitteln. Des Weiteren wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, auf Grundstücksbesitzer*innen zuzugehen, um Flächen für sogenannte Tiny Houses, also Minihäuser, freizugeben. So setzen wir dem Wohnungsmangel nachhaltige, flexible Konzepte entgegen.

Wir wollen ein Förderprogramm für Dachausbauten und Aufstockungen für private Hausbesitzer*innen sowie kleine und mittlere Wohnungsunternehmen, beispielsweise mit der landeseigenen Förderbank L-Bank, auf den Weg bringen. Auch das Wohnraumförderprogramm kann dazu beitragen, nachhaltig mit Flächen umzugehen. Deshalb wollen wir dort Erbbaurechtsmodelle fördern.

Der § 13b BauGB findet in Baden-Württemberg vor allem Anwendung im ländlichen Raum. Mit diesem Paragraphen werden Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung umgangen. Unsere grüne Position ist klar: Die Zersiedelung und Versiegelung unserer Landschaft ist der falsche Weg, um mehr Wohnraum zu schaffen. Statt immer mehr Flächenverbrauch zuzulassen, muss dieser „Beton-Paragraf“ gestrichen werden, durch den speziell an den Siedlungsrändern immer neue Wohngebiete ohne Naturschutzstandards entstehen. Wer Flächenverbrauch und Insektensterben ernst nimmt, muss prüfen, wo Gewerbe- und Bürogebäude leer

stehen und dort in Kooperation mit Eigentümer*innen nach Nutzungsmöglichkeiten suchen.

Wohnen bedeutet, ein Zuhause zu haben und eingebunden zu sein in eine Gemeinschaft. Dies wollen wir als GRÜNE so lebenswert wie möglich gestalten: Mit einer Aufwertung der Stadtviertel und Ortskerne, einer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und einer Art zu bauen, die innovativ, menschen- und umweltfreundlich ist. Wir denken bezahlbaren Wohnraum und Klimaschutz zusammen. Wir stehen für eine Raumplanung, die Flächen schont und Quartiere lebendig hält.

Wir haben ein starkes Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Mio. Euro jährlich ausgestattet. Sowohl bei unserem Schwerpunkt Mietwohnungsbau als auch beim Wohneigentum haben wir die Bedingungen deutlich verbessert. Mehr als eine Mrd. Euro wird die Landesregierung bis 2021 in die Förderung von bezahlbarem Wohnraum investieren. Mit dem neu aufgelegten Grundstücksfonds des Landes ermöglichen wir es auch Kommunen mit weniger Finanzkraft, Grundstücke aufzukaufen. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine vorausschauende und gemeinwohlorientierte Grundstücks- und Wohnungspolitik. Dieser Grundstücksfonds bildet zusammen mit dem „Kompetenzzentrum Wohnen BW“ den „Kommunalfonds Wohnraumoffensive BW“.

Wir wollen nicht nur bezahlbaren Wohnraum schaffen, sondern auch den Klimaschutz stärken. Das war und ist uns besonders wichtig. Seit 2020 müssen geförderte Neubauten energetischen Standards genügen, die auch langfristig das Klima schützen und für geringere Wohnkosten sorgen. Um dieses Ziel für die Bauträger*innen möglich zu machen, haben wir als grün-geführte Landesregierung die Förderung erhöht. In der Landesbauordnung haben wir die Hemmnisse beim Holzbau beseitigt und damit regionales, klimaschonendes und innovatives Bauen vorangetrieben.

Wohnraum für alle – bezahlbar und klimaneutral

Jede*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Insbesondere in den Ballungszentren Baden-Württembergs konkurrieren Familien, Alleinerziehende, Senior*innen mit kleiner Rente und junge Menschen um günstigen Wohnraum. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen, sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich. Der Geldbeutel darf dabei nicht entscheiden, ob wir beim Wohnen auch das Klima schützen können. Klimaneutrales Wohnen soll für alle selbstverständlich werden. Das Kompetenzzentrum Wohnen wollen wir neben den Kommunen auch gemeinwohlorientierten Trägern zugänglich machen. Das gilt besonders auch für Genossenschaften. Sie spielen eine wichtige Rolle, um sowohl bezahlbaren als auch klimaneutralen Wohnraum zu schaffen. Mit einer Gründungsoffensive für kommunale Wohnungsbaugesellschaften wollen wir Kommunen stärken, Boden und Wohnraum selbst vor Ort zu erwerben und gestalten. Das Wohnraumförderprogramm wollen wir weiter auf hohem Niveau verstetigen und wenn nötig aufstocken.